

Monitoring

(Extrem) rechte Strukturen und das zivilgesellschaftliche Gegenengagement **Nr.7**

Vorwort

Die Identitäre Bewegung (Hamburg) – (antimuslimischer) Rassismus in jung, gebildet, gelb

vom Mobilen Beratungsteam gegen
Rechtsextremismus Hamburg

3

Verhältnisse, in denen wir handeln, besser begreifen, Veränderungen anstoßen – Interview mit Annita Kalpaka zur Fortbildung „Pädagogisches Handeln in der Einwanderungsgesellschaft“

vom MBT Hamburg

8

Entwicklungen in der (extrem) rechten Szene und im Rechtspopulismus Hamburgs

vom MBT Hamburg

12

Blitzlichter Rechts

15

Vermischtes

15

Zwischen Juli und September letzten Jahres wurde in Hamburg im Schnitt jeden Tag eine Straftat mit rechtem Hintergrund begangen.

Insgesamt 83 Ermittlungsverfahren hat die Polizei im dritten Quartal 2016 eingeleitet wie aus der Antwort des Senats auf eine kleine Anfrage der Partei die Linke hervorgeht. Im ersten Quartal waren es 86, im zweiten Quartal 69 Straftaten. Und die bilden nur die Spitze des Eisbergs: aus unserer Beratungspraxis und den Erfahrungen der Betroffenenberatung empower wissen wir, dass rechte Straf- und insbesondere Gewalttaten aus unterschiedlichen Gründen häufig nicht zur Anzeige gebracht und als Straftaten mit rechten Hintergrund erkannt werden. Die Täter_innen kommen auch, aber selten aus der organisierten rechten Szene, häufig entstammen sie der Mitte der Gesellschaft, flankiert werden ihre Taten von völkischen und rassistischen Diskursen rechtspopulistischer Akteur_innen.

Die Monitoring Berichte des MBT Hamburg beobachten darum die Organisations- und Aktionsformen der (extremen) Rechten genauso wie die ausgrenzenden Artikulations- und Ausdrucksformen der sogenannten Mitte der Gesellschaft. Ziel ist es, Interessierten aktuelle Informationen und Wissen über (extrem) rechte, rechtspopulistische und ausgrenzende Strukturen in Hamburg, aber ebenso über neue Aktivitäten und Initiativen gegen rechts zu liefern. Das Monitoring versteht sich damit als Beitrag zur fachlichen und gesellschaftlichen Debatte und möchte verschiedenen Akteur_innen eine Stimme geben, die ihre eigenen unterschiedlichen Perspektiven einbringen.

Ein Beitrag zur Identitären Bewegung beleuchtet in dieser Ausgabe eine häufig zum virtuellen Phänomen verharmloste Struktur, die, getragen vom weit verbreiteten antimuslimischen Rassismus, in Hamburg zunehmend aktiv ist und ein weiteres Mal Kooperationen zwischen Ex-JN-Mitgliedern und Burschenschaftler_innen ermöglicht. Beleuchtet werden die Aktivitäten der IB Hamburg ebenso wie ihre Inszenierung, die Netzwerke und Ideologie.

Mit Annita Kalpaka haben wir ein spannendes Interview zur berufsbegleitenden Weiterbildung „Pädagogisches Handeln in der Einwanderungsgesellschaft“ und die theoretische-analytischen Grundlagen und Ansätze der Fortbildung geführt. Im Beitrag „Entwicklungen in der (extrem) rechten Szene und im Rechtspopulismus Hamburgs“ werfen wir einen Blick zurück auf das Jahr 2016.

Um der immer wieder mal geäußerten Vorstellung zu begegnen, die organisierte Rechte – Kameradschaften, neue Rechte, extrem rechte Parteien – sei ein Phänomen, das zwar schlimm, aber in Hamburg nicht oder nicht nennenswert von Bedeutung sei, gibt es wieder die Rubrik „Blitzlichter“, die auf einige aktuelle Ereignisse und Aktivitäten aus diesem Spektrum in sehr komprimierter Form hinweist. Unter „Vermischtes“ gibt es abschließend Hinweise auf Literatur, Projekte und Veranstaltungen.

MBT Hamburg, Februar 2017

Die Identitäre Bewegung (Hamburg) – (antimuslimischer) Rassismus in jung, gebildet, gelb

vom Mobilen Beratungsteam gegen Rechtsextremismus Hamburg

(Hamburger) Historie der IB und ihrer Wahrnehmung

In Hamburg suchte die IB im März 2013 den Weg aus dem Netz, wo sie seit Ende 2012 einen Facebook-Auftritt führte, in die Realität (vgl. MBT Hamburg: Jahresrückblick 2013, abrufbar unter <https://hamburg.arbeitundleben.de/img/daten/D225057858.pdf>). Gemeinsam mit Vertreter_innen anderer rassistischer Gruppierungen (mit engen Verbindungen nach Rechtsaußen) folgten ca. 15 Identitäre dem Aufruf der German Defence League zu einer Kundgebung unter dem Motto „Lasst die Kirche im Dorf“ gegen den Umbau der Kapernaum-Kirche in eine Moschee, kamen auf Grund von Gegenprotesten jedoch nicht einmal bis zu ihrem Versammlungsort. Ein weiterer misslungener Versuch mittels eines Flashmobs am Hamburger Hauptbahnhof öffentlich Präsenz zu zeigen im Spätsommer 2013, Flugblattverteilaktionen auf dem Campus der Hamburger Universität und in der Innenstadt oder eine Aktion unter dem Motto „Der letzte Hamburger“ auf dem Jungfernstieg, fanden öffentlich so gut wie keine Resonanz. Die selbsternannte Bewegung wurde – sowohl von Gegner_innen als auch potentiellen Unterstützer_innen aus der Neuen Rechten – weithin als vorübergehendes Internet-Phänomen gewertet, dem der entscheidende Schritt raus aus den sozialen Netzwerken misslungen sei. Obschon Verbindungen zwischen den so-

genannten Identitären und Akteur_innen und Strukturen der extremen Rechten schon früh bekannt waren – antifaschistische Initiativen leisteten hier wichtige Recherchearbeit (vgl. <https://www.antifainfoblatt.de/artikel/100-rechts>), der Bremer Verfassungsschutz berichtete schon 2013 vom Engagement verurteilter Rechtsextremist_innen unter dem neuen Label IB, in der Antwort des Hamburger Senats auf eine kleine Anfra-

ge der Linken aus dem April 2014 (vgl. Drucksache 20/11570) werden „Hinweise auf einzelne Überschneidungen zur rechtsextremistischen Szene Hamburgs im Zusammenhang mit der Versammlung vom 23. März 2013“ benannt – fand die IB lange Zeit keine Erwähnung in den

Verfassungsschutzberichten vieler Länder. Erst seit Kurzem, seit sich mit der AfD und vor dem Hintergrund dessen, was im medialen Diskurs als „Flüchtlingskrise“ thematisiert wird, der politische und gesellschaftliche Kontext nach rechts verschoben hat und die Straftaten aus dem Bereich der politisch motivierten Kriminalität Rechts eklatant angestiegen sind, wird sie von verschiedenen Verfassungsschutzämtern beobachtet und auch das Bundesamt für Verfassungsschutz hat die Gruppe unter Beobachtung gestellt.

Die Identitäre Bewegung wurde lange verharmlost. Grund hierfür mag der unterschätzte Stellenwert des Internets einerseits, der Unwillen und die Unfähigkeit einer Einordnung der IB auf Grund ihrer inhaltlichen Schnittmengen nicht nur zur extremen Rechten, sondern insbesondere zur „Mitte“ der Gesellschaft andererseits sein.

(Extrem) rechte Akteur_innen nutzen zielgerichtet das Internet und hier insbesondere die sozialen Medien, um ihre Ideologie zu streuen. Die sozialen Netzwerke sind nach den Erkenntnissen der Jugendschützer_innen von jugendschutz.net für die (extrem) rechte Szene inzwischen das wichtigste Mittel, um Jugendliche anzusprechen. Für sie stellt das Internet nicht eine virtuelle, abgekoppelte eigene Welt, sondern einen zentralen Teil ihrer Lebenswirklichkeit dar. Zu argumentieren, eine Gruppierung sei nur online präsent und somit harmlos, verkennt eben

diese Lebensrealität der Jugend, der sich die IB, ihrem Selbstverständnis nach eben gerade Jugendbewegung, im Besonderen widmet. Insofern ist es nicht entscheidend, dass es selbst auf Facebook schon nach kurzer Zeit keinen eigenen Auftritt einer IB Ortsgruppe Hamburg mehr gab, sondern stattdessen unter dem Namen Identitäre Bewegung Großraum Lüneburg / Hamburg Politik gemacht wurde. Zwar ließen die Aktivitäten der IB in Hamburg zwischenzeitlich nach, im Zuge des (diskursiven) Rechtsrutsches im Kontext rassistischer Migrationsdebatten und AfD-Wahlerfolge, nahmen sie selbst wieder an Fahrt auf – Personal zu finden, war nicht weiter schwer, über die sozialen Medien war man kontinuierlich vernetzt geblieben und in der Lage neue Mitstreiter_innen zu gewinnen. Der kurzzeitige Bruch mit einer politischen Praxis lässt sich auch auf verschiedene antifaschistische und zivilgesellschaftliche Interventionen gegen Kader und Aktive der IB in Hamburg und im Besonderen an der Universität zurückführen.

Verstärkter Aktionismus – keine Wirkmächtigkeit

Im Juni 2015, nachdem ein IB Kader aus Lüneburg nach längerem wieder stärker in Aktivitäten eingebunden wurde, entstand in Hamburg ein neuer Aktionskreis der IB. Neben einer Vielzahl von rassistisch konnotierten Aktionen, die vor allem im Schutze der Dunkelheit be-

gangen werden, um sich antifaschistischen und zivilgesellschaftlichen Interventionen zu entziehen, ist auffällig, dass diese häufig in zeitlicher Nähe zu „Stammtischen“ und anderen bundesweiten Aktionen der IB stattfinden. Die Auflistung unten macht deutlich, dass die IB in Hamburg für ihre extrem rechte Praxis einen Modus Operandi gefunden hat, der ihr durch das konsequente Nutzen des Web 2.0 als Propagandamittel, eine hohe Wahrnehmung in der geneigten Öffentlichkeit beschert, die der tatsächlichen Wirkmächtigkeit stark entgegensteht.



Die verschiedenen Aktionen der IB Hamburg spiegeln exemplarisch ihre gewaltförmige Ideologie wider, so auch eine Aktion gegen die Grünen: Identitäre Aktivist_innen brachten die Silhouetten von (vermeintlichen) Terroropfern vor und an dem Büro des Landesverbands der Grünen an. Wieder gingen Bilder der Aktion online, begleitet von den Worten: „Wir werden all jene mit ihren Lügen konfrontieren, die uns die Zukunft nehmen wollen.“ Diese Ankündigung sollte ernst genommen werden. Nicht zuletzt weil die IB mit ihren inhaltlichen Positionen weithin an

Unvollständige Auflistung von Aktionen, die der IB Hamburg zugeschrieben werden können:

7.-8. Januar: Die norddeutschen IB Gruppen treffen sich zum „Volkstanz-Wochenende“.

14. Dezember: Einige Plakate der SPD Abgeordneten Özoguz werden mit rassistischen Stickern beklebt.

13. Dezember: An der SPD Zentrale kleben eine Handvoll größerformatige Poster gegen die SPD.

06. Dezember: Eine Handvoll AktivistInnen besuchen eine Infoveranstaltung über die IB an der HAW.

27. November: In Wilhelmsburg werden Plakate für einen Bürgerdialog der von SPD-PolitikerInnen mit sogenanntem Migrationshintergrund ausgerichtet werden soll, mit rassistischen Parolen überklebt.

21. November: Im Nachklapp zur „Besetzung“ der Bundeszentrale der „Die Grünen“ in Berlin am 19.11. hängen Aktivist_innen in der City Plakate gegen die „Die Grünen“ auf.

13. November: Der „Volkstrauertag“ wird von der IB auf ihre Weise gefeiert – sie hinterlassen an diversen Kriegsdenkmälern Kränze und putzen diese teilweise.

04. November: Vereinzelt werden Plakate mit rassistischen Inhalten und gegen die CDU gerichtet aufgehängt.

31. Oktober: Eine Handvoll Aktiver entfalten vor dem Gericht am Sievekingsplatz ein rassistisches Transparent. Die Aktion dauert keine fünf Minuten, da aufmerksame Bürger_innen die Rassist_innen bei ihrer Aktion stören und diese fluchtartig den Ort des Geschehens verlassen müssen.

23. Oktober: Die IB hinterlässt in der Nacht am Tatort eines Mordes an Alster rassistische Propaganda.

30. September: Rund ein Dutzend Rechter tanzt Volkstänze in Trachten, filmt die Aktion und verkauft dies als „Kulturaktion“ an den Landungsbrücken.

14. August: Propagandaaktion gegen „Überfremdung“ an den Landungsbrücken

09. Juli : Die „Identitäre Bewegung“ macht an den Bahnhöfen in München, Frankfurt und Hamburg Impro-Theater Aktionen gegen Geflüchtete. Für Hamburg mussten Mitstreiter_innen aus anderen Bundesländern zusammengezogen werden, da es vor Ort noch keine eigene, aktive Ortsgruppe gibt.

Einstellungen und Diskurse der Mitte der Gesellschaft anknüpfen kann und von schlagkräftigen Akteur_innen und Strukturen der (Neuen) Rechten protegert wird.

Ideologie – die IB zwischen extremer Rechter und „Mitte“

Startpunkt der IB Deutschland war 2012 die Veröffentlichung einer sogenannten „Kriegserklärung“ auf Youtube. Das Video strotzt vor Pathos, getragen vom Lied „Time“ von Hans Zimmer, sprechen junge Menschen auf Französisch, der Clip ist mit deutschen Untertiteln unterlegt, ihr Gesicht in Nahaufnahme aufgenommen, Sätze wie diese in die Kamera: „Wir sind die Generation, die man tötet, weil sie die falsche Person ansieht ... des totalen Scheitern des Zusammenlebens und der erzwungenen Mischung der Rassen... Unsere Generation ist das Opfer der 68er... Wir glauben nicht mehr, dass „Khader“ unser Bruder sein kann, wir haben aufgehört an ein „globales Dorf“ und die „Familie aller Menschen“ zu glauben...“.

Ethnopluralismus und antimuslimischer Rassismus

Ethnisierende Deutungen gesamtgesellschaftlicher, sozialer Problemlagen wie Arbeitslosigkeit erlauben es ihnen sich als die Opfer von heute und die Held_innen von morgen zu stilisieren. Dass in dem Video der Begriff der ‚Rasse‘ enthalten ist, ist wohl vor allem seiner Herkunft aus Frankreich und der 1:1 Übersetzung des Textes geschuldet. In Frankreich hat der Begriff „race“ ähnlich wie im englischen Sprachraum eine andere, offenere Bedeutung als im Deutschen. So verzichten die Identitären in ihren sonstigen Publikationen auch auf den ‚Rasse‘-Begriff und ersetzen ihn wahlweise durch den Begriff der „Kultur“, der „Nation“, des „Volkes“. Sie beziehen sich explizit auf die Idee des Ethnopluralismus, mit Hilfe derer die Neue Rechte seit den 1970er Jahren ihre alten Inhalte moderner zu verpacken versucht.

In der Selbstdarstellung der IBD heißt es: Es geht ihr „um die Bewahrung der ethno-kulturellen Identitäten Europas. In klarer Abgrenzung zu einem unreflektierten Nationalismus stützt sich die IB dabei auf das Konzept des Ethnopluralismus.“ Die Argumentation wurde modifiziert: weg vom biologistisch argumentierenden Rassismus, der die Menschen in unterschiedliche ‚Rassen‘ unterteilt und vermeintlich qua Biologie (die Möglichkeit der Unterteilung von Menschen in ‚Rassen‘ wurde wissenschaftlich längst widerlegt) in ein hierarchische Verhältnis

zueinander setzt, hin zu einer Argumentation, die „Ethnien“, „Völker“ oder „Kulturen“, auch „Religionen“ als notwendiger Weise homogene Kollektive imaginiert und damit die selben Ergebnisse zeitigt: das plumpe „Ausländer raus“, wird zu einem subtileren, aber nicht minder gewalthaltigen „Recht auf Verschiedenheit“, „Europa verteidigen“ oder „Reconquista“. Die „Identitären“ legen Wert darauf, sich von „Extremisten“ abzugrenzen: „100% Identität – 0% Rassismus“, heißt es auf einem Flyer. Tatsächlich lassen sich personelle Verquickungen zwischen IB und extremer Rechter belegen, ein Mitglied der IB Hamburg war früher nachweislich bei den Jungen Nationaldemokraten aktiv, aber sie allein sollten es nicht sein, die die Problematisierung der IB begründen. Es sind die alten Inhalte in neuem ethnopluralistischen und popkulturell designten Gewand, die diese Aussage ad absurdum führen.

Ob rechtsextrem im amtlichen Sinne, also in aggressiv-kämpferischer Weise gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung agierend oder nicht, ob verstrickt mit (ehemaligen) NPD-Anhänger_innen oder Freien Kräften – die IB pflegt einen (insbesondere antimuslimischen) Rassismus, der als solcher benannt und problematisiert werden muss. Sie präsentiert diesen aber so, dass dies kaum geschieht, weil er bis weit in die vermeintliche Mitte der Gesellschaft hinein anschlussfähig ist. Die jüngste Einstellungserhebung „Die enthemmte Mitte. Autoritäre und Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016“ ergab, dass 41,4% der Befragten, der Aussage, Muslimen sollte die Einwanderung nach Deutschland untersagt werden, zustimmten. 2014 waren es 36,6%.

Opfermythos und Verschwörungstheorien

„Reconquista“ als codiertes „Ausländer raus!“ auf diversen Publikationen, kastilisch und portugiesisch für „Rückeroberung“, eine Bezeichnung insbesondere für die Ausdehnung des Herrschaftsbereich der christlichen Reiche der Iberischen Halbinsel unter Zurückdrängung des muslimischen Machtbereichs im Mittelalter, verweist auf zwei weitere Ideologiebausteine der IB: zum Einen auf ihren Hauptfeind, den Islam, der - den Ethnopluralismus bemühend - als grundsätzlich unvereinbar mit den (freilich nur schwammig ausgeführten) christlich-jüdischen Traditionen und Werten Europas dargestellt wird. Zum Anderen auf die eingangs bereits erwähnte Stilisierung der Aktivist_innen als die Opfer von heute und Held_innen von morgen. Die IB zeichnet in ihren Beiträgen und Aktionen das Bild „5 vor 12“, sie schwadroniert in einer in Österreich erdachten und auf diverse weitere Länder (Identitäre Strukturen entstanden in Frankreich als Nachfolge der Unité radicale, die 2002 verboten wurde, nachdem eines ihrer Mitglieder versucht hatte, ein

Attentat auf den damaligen Präsidenten Jacques Chirac zu verüben, und sind inzwischen darüber hinaus in Österreich und Deutschland, ebenso in den Niederlanden, Tschechien, der Schweiz, Ungarn und Italien vorhanden) ausgedehnten Kampagne, vom „Großen Austausch“. Demnach droht ein diffus als „echt deutsch“ konstruierte „Wir“ durch gezielte „Überfremdungsmaßnahmen“ insbesondere der rot-grünen Parteien zur Minderheit im eigenen Land zu werden. „Der Große Austausch ist kein „Zufall“, keine „Naturkatastrophe“. Er ist gewollt und geplant. Hinter ihm stecken Verantwortliche, die wissentlich und willentlich unsere Kultur abschaffen und ihr eigenes Volk austauschen. Die Mul-

tikulis sind vernetzt und aktiv. Sie haben einen Plan und eine Agenda. Sie setzen jeden Tag eine millionenschwere Propaganda-Industrie in Bewegung, um den Austausch voranzutreiben und die Österreicher stumm und dumm zu halten. Wir haben ihnen den Kampf angesagt und wollen die Wahrheit ans Licht bringen.“ (vgl. <https://deraustausch.iboesterreich.at/>). Allerdings, so die IB, sei es noch nicht zu spät: werde aktiv!, fordert sie und schlägt dafür diverse Möglichkeiten vor. Manch eine_r wird die eine oder andere nutzen – neben ihren Inhalten macht die IB auch ihr Auftreten für Jugendliche attraktiv.

Popkulturelle Inszenierung

„Das Lambda, gemalt auf die stolzen Schilder der Spartaner, ist unser Symbol“ heißt es in der Kriegserklärung. Gehalten in Gelb taucht es auf den Transparenten, Stickern, Flyern der IB auf. Es rekurriert auf die spartanischen Krieger, die sich 480 v. Chr. einem zahlenmäßig deutlich überlegenen persischen Heer entgegengestellt haben sollen – popkulturell aufgearbeitet im Comic »300«, der 2007 auch verfilmt wurde. Jugend- und Popkulturelle Elemente werden mit rassistischen Bildern und Parolen verbunden, die IB gibt sich hip. Auf Twitter hat sie eigens den Hashtag IBster eingeführt.

Den Soundtrack der IB liefern – häufig unfreiwillig, wenngleich weniger häufig zufällig – sogenannte Neofolk-Bands, deren deutschsprachige Mitglieder „die innere Emigration in Natur-, Literatur- und Mythologithemen“ suchen, „was sich in altertümlichem Deutsch und kitschigen Versen“ niederschlägt (vgl. Rolling- Stone -Reportage: Der Sound der Neuen Rechten – Neofolk und die Identitäre Bewegung). Passende Bekleidung liefert die identitäre Hausmarke „Phalanx Europa“, eine „Marke von Aktivisten für Aktivisten“, die Schriftzüge tragen wie „Islamists not welcome“, „Still not lovin Antifa“ oder einen Ernst-Jünger-Aufdruck.

Netzwerke

In einem auf der Homepage der „Patriotischen Plattform“ der AfD publizierten Artikel unter der Überschrift „Wir sind identitär“ heißt es: „Unter dem Motto „DEFENDE EUROPE“ hat die Identitäre Bewegung Österreich am vergangenen Samstag in Wien eine Demonstration durchgeführt, bei der ca. 1000 Aktivisten teilnahmen. . . Wir freuen uns, daß mit Dubravko Mandic und Felix Koschkar auch zwei Mitglieder des Vorstandes der Patriotischen Plattform an dieser Demonstration teilgenommen haben . . . Wir raten der Identitären Bewegung, sich auf dem Gerichtsweg gegen die Beobachtung [durch den VS] zu wehren, und unterstützen die Identitäre Bewegung wie bisher so auch weiterhin bei ihrem kreativen und gewaltfreien Kampf gegen das Kartell der Altparteien. Wir wünschen uns eine engere Zusammenarbeit zwischen Identitärer Bewegung und AfD, denn auch die AfD ist eine identitäre Bewegung und auch die Identitäre Bewegung ist eine Alternative für Deutschland.“ Unterschrieben ist der Artikel mit „Der Vorstand der Patriotischen Plattform“. Er hat (mal wieder) einen internen Streit in der AfD entfacht.

Nur wenige Tage später publizierten AfDler den „Ruf der Vernunft aus Sachsen-Anhalt“: „Wir wollen keine Verschmelzung mit Organisationen, die als Auffangbecken für Extremisten fungieren, sie in ihren Reihen dulden oder zumindest ihr Verhältnis zu diesen nicht eindeutig geklärt haben. Wir wollen auch selbst kein Auffangbecken für ehemalige Netzwerke der NPD sein. Wir wollen keine enge Zusammenarbeit mit Gruppen, die sich selbst noch nicht gefunden haben. Die Identitäre Bewegung ist solch eine Gruppierung. Sie besteht in Deutschland aus heterogenen Ideologien und wird in Teilen nicht ohne Grund vom Verfassungsschutz beobachtet. Sie ist somit eine schwer einzuschätzende Gefahr für unsere bürgerliche Mitte. Daher sollten wir uns davor hüten, die Tür aufzustoßen ohne einen kritischen Blick auf die Akteure zu bewahren. Wir brauchen ebenso keine pauschale Distanzierung von bürgerlichen Protestbewegungen.“ Typisch AfD (- Strategie): der eine schreit es raus, der andere kritisiert es – Konsequenzen werden (vermutlich auch in diesem Fall) nicht gezogen. Gleich wie, auch eine mögliche Distanzierung bliebe Augenwischerei. Ein jüngst inn der ZEIT publizierter Artikel zeichnet die Verbindungen zwischen identitärer Bewegung Hamburg, Burschenschaften und jungen AfDlern eindrucksvoll nach. Über die eine Ecke, die der Neuen Rechten, bestehen die Verbindungen zwischen AfD und IB, die inhaltlich so nahe liegen, ohnehin.

Von wichtigen Akteur_innen und Strukturen der Neuen Rechten, mit denen auch die AfD vernetzt ist, wird die IB protegiert: allen voran von Götz Kubitschek, dessen verweigerte Aufnahme in die AfD unmittelbar zum Aufruf der *Erfurter Resolution* und Protesten seitens der Patriotischen Plattform führte. Kubitschek ist Mitbegründer des neu-rechten Instituts für Staatspolitik (IfS), das Sommer- und Winterakademien veranstaltet, um den rechten Nachwuchs zu schulen, zu Oberthemen wie „Widerstand“, „Heimat“ oder „Konservative Revolution“; eine Organisations- und Aktionsplattform für neurechte Bildungsarbeit, an deren Schulungen auch schon Landtagsabgeordnete der NPD und deren Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten teilnahmen; Kubitschek ist Geschäftsführer des Verlags Antaios, von dem sich zwischenzeitlich

Akif Pirincci mit Titeln wie „Die große Verschwulung“ verlegen lässt; er ist verantwortlicher Redakteur der Zeitschrift *Sezession* und des angeschlossenen Blogs *Sezession* im Netz. Nicht nur die Niedersächsische Landesregierung stellt im Januar 2016 fest (vgl. Drucksache 17/5030), dass Kubitschek in der Vergangenheit wiederholt sowohl publizistisch als auch auf öffentlichen Veranstaltungen für die Ziele der „Identitären Bewegung“ geworben hat. Tatsächlich hat der umtriebige Kubitschek freundschaftliche Verbindungen beispielsweise zu Martin Sellner, einem der führenden Köpfe der Bewegung in Österreich, regelmäßiger Teilnehmer der IfS-Akademien und inzwischen auch Autor für Ku-

bitscheks *Sezession*. Dass er als wichtigste Figur der bundesdeutschen Neuen Rechten ein Bindeglied auch zwischen IB und AfD darstellt, legt unter anderem ein Auftritt von Björn Höcke beim Institut für Staatspolitik nahe.

Ausblick

Die Verwobenheit zwischen Konservatismus, Neurechten, Rechtspopulist_innen und der extrem Rechten wird derzeit an keinem bundesdeutschen Projekt deutlicher als bei der Identitären Bewegung. Ob und wie sich diese Netzwerke weiterentwickeln, welche Synergieeffekte z.B. in Bezug auf kommende Wahlen zu erwarten sind oder auch welche möglichen Verbindungen sich in Richtung militanter rechter Strukturen ergeben, bleibt vorerst abzuwarten.

Zur Unterstützung von Betroffenen rassistischer Übergriffe, aus Sicht einer Zivilgesellschaft, die sich tagtäglich mit Anfeindungen von Rechtspopulist_innen auseinandersetzen muss und angesichts einer gesamtgesellschaftlichen Stimmung, in der immer mehr zivilisatorische Mindeststandards durch verbalisierten Hass und lebensgefährliche Anschläge verloren gehen, kann es letztendlich nur darum gehen, diese Entwicklungen aufzuzeigen, zu thematisieren und - wo möglich - konsequent zu bekämpfen.

Verhältnisse, in denen wir handeln, besser begreifen, Veränderungen anstoßen – Interview mit Annita Kalpaka zur Fortbildung „Pädagogisches Handeln in der Einwanderungsgesellschaft“

vom Mobilen Beratungsteam gegen Rechtsextremismus Hamburg

Die berufsbegleitende Weiterbildung „Pädagogisches Handeln in der Einwanderungsgesellschaft“ findet ab Mai 2017 zum fünften Mal statt. Dieses Mal wird sie an der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg (HAW) in Kooperation mit dem Netzwerk Rassismuskritische Migrationspädagogik Baden-Württemberg angeboten. Sie gilt als eine der profiliertesten und besten Fortbildungen in diesem Feld. Wir haben mit einer der Leiter_innen der Fortbildung, Annita Kalpaka, über die Hintergründe, Ziele und Inhalte der Veranstaltung gesprochen.

Frau Kalpaka, zusammen mit Ihrem Kollegen Herrn Foitzik leiten Sie für Mitarbeiter_innen aus unterschiedlichen Handlungsfeldern der Sozialen Arbeit und aus Bildungsinstitutionen eine rassismuskritische Fortbildung unter dem Titel „Pädagogisches Handeln in der Einwanderungsgesellschaft“ an – warum diese Fortbildung?

Das Weiterbildungskonzept entstand 2008 auf Initiative von Andreas Foitzik in einer Kooperation des Paritätischen Jugendwerk Baden-Württemberg mit Verbänden der Jugendarbeit und später auch mit dem Netzwerk rassismuskritische Migrationspädagogik (www.rassismuskritik-bw.de). Das Konzept haben wir dann in den weiteren Durchgängen gemeinsam weiterentwickelt und auch in anderen Bundesländern angeboten, inzwischen das zweite Mal an der HAW Hamburg. Die Möglichkeit einer institutionellen Anbindung an Hochschule nutzen wir, um zum einen eine Zertifizierung zu ermöglichen, die auf dem „Markt“ anerkannt wird. Zum anderen wollen wir damit einen Dis-

kussionsanstoß geben, sich auch im Hochschulkontext der Frage der Beteiligung von Menschen mit Migrations- und Rassismuserfahrungen bzw. der Berücksichtigung ihrer (Lern-)Bedürfnisse bei den sogenannten „regulären Angeboten“ zu stellen.

Ein ausführliches Exposé zu dieser Weiterbildung findet sich unter: www.zepra-hamburg.de/bildungsangebot/

Es ist eine berufsbegleitende Multiplikator_innenweiterbildung „für Trainer_innen und Berater_innen“, die dazu beitragen will, Professionelle in der Bildungsarbeit für Fortbildungen und für die Begleitung von institutionellen Veränderungsprozessen in der Migrationsgesellschaft zu qualifizieren.

Um Veränderungsprozesse in Institutionen anstoßen und zugleich Menschen mit Rassismuserfahrungen bei der Bearbeitung solcher Erfahrungen begleiten zu können, brauchen professionelle Multiplikator_innen die Kompetenz, Ausgrenzungsmechanismen zu erkennen und zu benennen, um die Akteure_innen im jeweiligen Feld bei der Entwicklung von Konzepten und Handlungsstrategien für die jeweilige spezifische Situation zu begleiten. Dafür ist es nötig, Diskriminierung, verweigerte Anerkennung und Rassismus wahrzunehmen, zu thematisieren und Handlungsschritte für einen angemessenen Umgang mit Rassismuserfahrungen von Mitarbeiter_innen und Adressat_innen zu suchen. Dies bedeutet, dass sie sich auf die vorgefundenen Strukturen auf eine Weise einlassen können, die es ermöglicht, strukturelle Barrieren

in den Blick zu nehmen und die in den Institutionen Tätigen dabei zu begleiten, Handlungskonzepte und Strategien zu entwickeln, um bestehende Grenzen zu verschieben.

Nicht zuletzt brauchen sie ein erweitertes Methodenrepertoire, das nicht als Sozialtechnologie verstanden wird und der kritischen Reflexion zugänglich bleibt. Zentral dafür sind deshalb auch Methoden der Selbstreflexion und Kompetenzen für die Anleitung und Begleitung reflexiver Prozesse. Das wäre fachlich argumentiert die Begründung für dieses Angebot.

Persönlich argumentiert würde ich sagen, dass ich gerne eine Weiterbildung konzipieren und durchführen wollte, die das beinhaltet, was ich selbst als Teilnehmerin bei Fort- und Weiterbildungen vermisst habe und auch in klassisch „interkulturellen“ Fortbildung ausgeblendet

wird. Allgemeiner gesprochen würde ich es nennen, subjektorientierte Bildungsarbeit in Verhältnissen von Differenz und Dominanz, die die Möglichkeit bietet, gesellschaftliche und institutionelle Dimensionen mit dem individuell zu verantwortenden Handeln zusammenzudenken. Eine Bildungsarbeit, die nicht bei einem diffusen ‚Sensibilisieren‘ stehen bleibt oder im vermeintlich ‚Pragmatischen‘ verbleibt, sondern die Handlungsschritte aus einer visionären Veränderungsperspektive heraus entwickelt.

Wenn Sie auf die vergangenen Durchgänge der Weiterbildung zurückblicken – haben sich im Lauf der Jahre Anliegen und Fragen seitens der Teilnehmenden, bestehende Herausforderungen oder auch Anknüpfungspunkte verändert?

In der Bildungsarbeit mit partizipativem Anspruch steht man immer vor der Herausforderung, die Anliegen und Fragen der Teilnehmenden aufzunehmen und zugleich das eigene Konzept umsetzen zu wollen. Da kann es Diskrepanzen geben. Denn die Anliegen und Fragen aus der Praxis sind meistens durchdrungen von Selbstverständlichkeiten und auch Zwängen dieser Praxis. Sie sind oft auch in Kategorien und impliziten Theorien formuliert, die wir in Bildungsprozessen gerne hinterfragen und mit anderen Kategorien und Logiken konfrontieren wollen.

Insofern ist es Teil des Aushandlungsprozesses, Themen und Wege zu ihrer Bearbeitung zu bestimmen und es geht dabei auch um die Trans-

formation der Fragen durch ihre Kontextualisierung. Das Herausfinden, was das eigentliche Handlungsproblem ist und wofür Lösungen oder Handlungsmöglichkeiten gesucht werden, ist Teil des Lernprozesses. Ein Beispiel dafür ist das fast in allen Durchgängen wiederkehrende Anliegen nach mehr Methodenwissen, eine Sehnsucht nach Handlungsrezepten, die man oft in Form von Methoden sucht. Ein nachvollziehbares Anliegen, das mit Hilfe der Kategorien und der reflexiven Methoden, die wir uns in Lerngruppen erarbeiten, in die institutionellen und gesellschaftlichen Verhältnisse eingeordnet werden kann und nicht als Defizit der Einzelnen gedeutet wird.

Was sich schon verändert hat im Laufe der Zeit, ist die steigende Nachfrage nach reflexiven Herangehensweisen und nach dem Erlernen derselben. Das ist natürlich kein repräsentatives Bild, es bezieht sich auf die Professionellen, die unser Angebot erreicht. Mein Eindruck ist, dass die Analyseperspektive institutionelle Diskriminierung und Rassismus nicht wie vor einigen Jahren besonders begründet oder legitimiert werden muss. Aber wie gesagt, das betrifft sicherlich nur bestimmte Kreise und ist nicht verallgemeinerbar.

Wir haben festgestellt, dass es an Wissen fehlt über implizite Lerntheorien bzw. vielmehr um ein Bewusstsein darüber, in welchem Paradigma sich die eigene Praxis als Lehrende_r/ Trainer_in/ Vermittelnde_r bewegt, ob ich mich z.B. als Trainer_in in der Rolle sehe, den Adressat_innen etwas beizubringen und durch mein Angebot etwas ‚herzustellen‘ und/oder ob ich Lernräume organisiere, in denen Lernprozesse stattfinden und begleitet werden können. Letztendlich auch die Frage des Verhältnisses zwischen Trainer_innen und Teilnehmenden bzw. der Verantwortung für das eigene Lernen. Aus dieser Erfahrung heraus haben wir in den letzten Durchgängen explizite Einheiten eingebaut, in denen solche Fragen zum Thema werden.

Auch die Arbeit an individuellen Lernvereinbarungen mit den einzelnen TN ist ein gutes Instrument, um diesen Prozess partizipativ und reflexiv zu gestalten.

Ich bringe hier schlaglichtartig verschiedene Aspekte, um aufzuzeigen, dass die An- und Herausforderungen nicht nur die inhaltlichen Themen betreffen, sondern auch grundsätzlich das Verständnis von Methoden und von pädagogischen Prozessen.

Erwarten Sie vor dem Hintergrund der aktuellen Auseinandersetzungen zum Thema Einwanderung neue Schwerpunkte für den kommenden Durchgang?

Die Schwerpunkte bleiben, was die Herangehensweisen und die reflexiven Perspektiven auf Praxis als Grundlage unserer WB angeht. Was sich durch aktuelle politische Debatten und Verhältnisse aber auch durch die konkreten Praxisfelder der TN in jedem Durchgang dazu kommt, ist die punktuelle Fokussierung auf bestimmte Themen. So hatten wir z.B. im letzten Durchgang zum Thema antimuslimischer Rassismus gearbeitet, bei einem früheren Durchgang zum Thema Antisemitismus usw.. Hierfür haben wir im Konzept auch auswärtige Referent_innen in begrenztem Masse vorgesehen und nutzen die Möglichkeit, Expertise von außen einzubinden.

Sicherlich werden wir uns genauer Gedanken darüber machen, welchen Fokus wir in diesem Durchgang legen wollen, aber es hängt auch von den Themen, die in der jeweiligen Lerngruppe selbst entstehen. Themen, die im Fokus der aktuellen Debatten sind wie Flucht, Integrationsdebatten, Gewalt, rassistische Anschläge, das Verhältnis von Rassismus und Sexismus, Paternalismus u.a. kommen immer vor, weil sie in der Praxis der TN eine Rolle spielen. Ob und in welchem Masse wir ein Thema in der WB exemplarisch fokussieren werden, hängt auch davon ab, welchen Bedarf wir in der konkreten Lerngruppe feststellen und welche Orte und Möglichkeiten die TN haben, sich mit den Themen außerhalb der WB zu beschäftigen.

Aber all diese möglichen Schwerpunkte behandeln wir nicht allgemein, sondern mit dem Fokus/Rückbindung auf das professionelle Handeln, so dass ‚Übersetzungsmöglichkeiten‘ für die jeweils eigene Praxis erarbeitet werden können. Das kann z.B. bedeuten, die eigenen Kategorien für die Praxisreflexion zu erweitern oder anders zu akzentuieren, es kann aber auch heißen, ein Projekt zu einem vernachlässigten Thema in der eigenen Einrichtung zu entwickeln oder auch eine Einheit für das eigene Bildungsangebot neu zu konzipieren.

Für die Fortbildung gibt es ein Auswahlverfahren, bewusst streben Sie eine Lerngruppe an, die möglichst jeweils zur Hälfte aus Teilnehmenden mit und ohne Migrations- und/oder Rassismuserfahrungen zusammengesetzt ist. Welchen Vorteil sehen Sie in einer solchen Zusammensetzung? Welche Fallstricke, wenn die

Teilnehmenden-Zusammensetzung nicht derart ausgewogen ist?

So ein Auswahlverfahren ist ziemlich aufwendig, nichtsdestotrotz behalten wir es bei. Denn es bietet eine gute Möglichkeit sowohl für Interessent_innen als auch für uns als Leitende ins Gespräch miteinander zu kommen und zu schauen, ob das Angebot passt und auch einzuschätzen, ob die Gruppe arbeitsfähig ist - soweit man so etwas überhaupt einschätzen kann.

Die Alternative, die Zusammensetzung der Gruppe dem Zufall zu überlassen, würde ein bestehendes Gefälle zementieren. Denn der Anspruch „offen für Alle“ zu sein, bedeutet in hierarchisch und rassistisch strukturierten Verhältnissen oftmals, dass Mehrheitsangehörige die Angebote nutzen, während sich Teilnehmende mit Migrations- und Rassismuserfahrungen nicht angesprochen fühlen bzw. daran zweifeln,

ob sie wirklich gemeint sind und mit ihren Anliegen in dem Angebot vorkommen. In der Folge sind sie in Fortbildungsangeboten oft unterrepräsentiert.

Darüber hinaus begründet sich die Entscheidung einer „quotierten“ Gruppe aus den Lernmöglichkeiten, die diese bieten kann. Aufgrund des großen Stellenwertes der persönlichen und beruflichen Selbstreflexion arbeiten wir immer wieder auch in Teilgruppen von Teilnehmenden mit und ohne Migrations- und/oder Rassismuserfahrung. Dies ermöglicht eine Auseinandersetzung in temporär getrennten Räumen.

Diese temporäre Gruppenteilung soll für die jeweilige Gruppe einen Rahmen bieten, der mehr Offenheit und zugleich Sicherheit ermöglichen kann, um sich aus den jeweiligen Perspektiven mit den Themen Rassismus, rassistische Strukturen, eigene Verstrickungen u.a. auseinanderzusetzen. Die Fragen, die sich für Multiplikator_innen mit und ohne Rassismuserfahrungen in den jeweiligen Praxiskontexten stellen, unterscheiden sich in vielerlei Hinsicht. Entsprechend unterscheiden sich auch die Lernziele, die sich die Einzelnen für die Weiterbildung setzen. Über ihre Erfahrungen sowie ihre Lernprozesse kommen die Teilnehmenden mit und ohne Migrations- und/oder Rassismuserfahrungen aber auch in der Gesamtgruppe immer wieder miteinander ins Gespräch.

Die unterschiedlichen Perspektiven und sozialen Positionierungen nutzen wir als ein für alle Beteiligten herausforderndes Lernfeld, das

bewusst und prozessorientiert gestaltet werden muss. Daraus ergibt sich eine doppelte Aufmerksamkeitsrichtung bei der Begleitung der Reflexionsprozesse in der Lerngruppe: Zum einen mit Bezug auf die zu bearbeitenden Sachthemen, zum anderen auf das Geschehen in der Lerngruppe bei der Bearbeitung dieser Themen.

Durch die Teilnahme einer möglichst großen Anzahl von Teilnehmenden mit Rassismuserfahrungen kann eher vermieden werden, dass vereinzelte Teilnehmende mit Rassismuserfahrungen als Repräsentant_innen und „lebendige Beispiele“ funktionalisiert werden. Dies zu unterbinden, ist sicherlich nicht nur eine Frage der Anzahl, sondern auch eine Leitungsaufgabe bzw. Anforderung an uns als Leitende. Zu dem Konzept gehört auch, dass in unserem Team Professionelle mit und ohne Rassismuserfahrungen auch in der Leitungsposition repräsentiert sind.

An diesen Ausführungen wird deutlich, dass eine temporäre Trennung im Rahmen dieses Konzepts nur unzulänglich mit der Vorstellung von „Schutz“ bzw. „Schutzräumen“ erfasst werden kann. Es geht um die Erweiterung von Lern- und Handlungsmöglichkeiten, um die Überprüfung der Tauglichkeit eigener Handlungsstrategien und um Grenzverschiebungen. In diesem Sinne sind es eher Lern-Herausforderungs-Räume als Schutzräume, Räume, die es den Teilnehmenden ermöglichen können, selbsterforschend neues Wissen zu generieren.

Zugegebenermaßen ist es nicht einfach, Minderheiten gesondert zu adressieren, ohne dass es schräg wird, ohne dass man sich in die Gefahr begibt, ethnisierende Diskurse zu reproduzieren und Fremdeitskonstruktionen zu bedienen. Insofern entkommt auch dieses Weiterbildungsangebot den Widersprüchen und Dilemmata, die sich bei jeder Form der „Quotierung“ stellen, nicht. Denn die Auswahl impliziert immer eine Zuordnung zu einer Gruppe und steht damit in der Gefahr, Kategorisierungen zu (re-)produzieren, die es aufzubrechen gilt. Das ist uns aber auch den TN bewusst und auch Teil der Reflexionsprozesse.

Noch eine Anmerkung zu der letzten Frage: Wir sind in der privilegierten Position, diese Weiterbildung nicht um jeden Preis durchführen zu müssen, d.h. wir können solange warten und werben bis wir eine Gruppenzusammensetzung haben, die wir unseren Zielen entsprechend für vertretbar halten. Andernfalls können wir entscheiden, die Weiterbildung nicht stattfinden zu lassen.

Das zentrale Thema Ihrer Weiterbildung, würden wir abschließend gerne als Frage an Sie richten: Wie können Sozialarbeiter_innen, Politische Bildner_innen und Berater_innen Ihrer Meinung nach der Realität der Einwanderungsgesellschaft im pädagogischen Handeln angemessen Rechnung tragen?

Nochmal zur Erinnerung: Es ist eine Multiplikator_innenweiterbildung, so dass es nicht so einfach ist, für die hier aufgezählten Gruppen von Professionellen eine allgemeine Formel zu finden. Es sind unterschiedliche Handlungskontexte und -anforderungen.

Was ich aber als allgemein und verbindend für diese unterschiedlichen Handlungskontexte hervorheben möchte, ist die Praxisreflexion als zentrale Kompetenz und hier konkreter die Auseinandersetzung mit der eigenen Praxis mit Bezug auf die jeweilige soziale Positionierung im Kontext der Migrationsgesellschaft. Also auch im Hinblick auf die Frage der eigenen Migrations- und/oder Rassismuserfahrungen bzw. der Erfahrung von Privilegiertheit, aber auch in einer intersektionalen Perspektive, die auch andere Kategorien (z.B. Gender, soziale Herkunft) einbezieht und der Komplexität von gesellschaftlichen Ungleichheitsverhältnissen gerechter wird.

Weiterbildung in der Migrationsgesellschaft muss ein Angebot sein, um Verhältnisse, in denen wir handeln, besser zu begreifen. Und dieses Begreifen macht die dringende Notwendigkeit der Veränderung gesellschaftlicher Ungleichheitsverhältnisse deutlich. Weiterbildung kann zur Entwicklung von Handlungskompetenzen und -strategien für diese Veränderung beitragen. Diesem Ziel fühlt sich unser Konzept verpflichtet. Wir sehen diese Weiterbildung daher auch in einem engen Zusammenhang mit Netzwerken, die sich für eine Repolitisierung Sozialer Arbeit einsetzen, sowie als eine fachlich begründete Einmischung.

Prof. Dr. Annita Kalpaka, langjährige Praxis in der Antidiskriminierungs- und Stadteitarbeit und der außerschulischen Bildung. Seit 1994 Hochschullehrerin, seit 2012 an der HAW Hamburg im Bereich Fachwissenschaft Soziale Arbeit mit einem Schwerpunkt in Gemeinwesen- und Gruppenarbeit. Forschungsschwerpunkte/Veröffentlichungen/Interessenbereiche u.a. Migration- und Rassismuskritik, Rassismustheorien, Subjekttheorien; Lerntheorien vom Subjektstandpunkt; rassismuskritische Bildungsarbeit, Hochschuldidaktik.

Entwicklungen in der (extrem) rechten Szene und im Rechtspopulismus Hamburgs

vom Mobilen Beratungsteam gegen Rechtsextremismus Hamburg

Für das erste Quartal 2016 wurden in Hamburg 86, für das zweite Quartal 69, für das dritte Quartal 83 „Straf- und Gewalttaten mit rechtsextremistischem ausländerfeindlichem Hintergrund in Hamburg“ polizeilich registriert – aus der Beratungsarbeit von unserem Kooperationsprojekt empower wissen wir, dass diese Zahlen nur die Spitze des Eisbergs darstellen. Hinter diesen Zahlen stehen vielfach auch Personen, die bislang nicht als organisierte Neonazist_innen in Erscheinung getreten sind. Nicht nur die extreme Rechte, auch Akteur_innen aus der Mitte der Gesellschaft machten 2016 weiterhin mobil gegen als anders markierte Personen, ihre Unterstützer_innen und Strukturen wie wir unter anderem aus unserer Beratungs- und Bildungspraxis wissen.

Im **neonazistischen Spektrum** war in Hamburg 2016 einiges an Bewegung: die Weiße Wölfe Terrorcrew wurde im März 2016 verboten. Es entstanden andere Zusammenschlüsse, deren Beständigkeit und Wirkungsgrad es noch abzuwarten gilt. Unter dem Motto „**Gemeinsam für Deutschland**“ fanden in der Metropolregion Hamburg verschiedene Veranstaltungen statt, an denen auch Hamburger Neonazist_innen beteiligt waren. Hierbei gab es auch den Versuch, als „**Division Nordland**“ ein neues uniformes Auftreten norddeutscher Neonazistrukturen zu etablieren. Als „**Bündnis Deutscher Patrioten**“ wurden Ende des Jahres mindestens zweimal auch in Hamburg (wie auch in anderen Städten bundesweit) Aktionen für Wohnungslose bzw. vielmehr gegen Geflüchtete durchgeführt – die Essens- und Kleiderausgabe an Wohnungslose diente dabei weniger deren Unterstützung als vielmehr der impliziten Kritik an der vermeintlich ungerechten Unterstützung von Geflüchteten im Vergleich zu lokalen deutschen Hilfsbedürftigen. Erneut werden also verschiedene Betroffenengruppen gegeneinander ausgespielt. Umso zynischer vor dem Hintergrund der Tatsache, dass Wohnungslose ihrerseits häufig Betroffene rechter Gewalt sind - mindestens 28 Wohnungslose wurden in Deutschland seit 1990 von Neonazis ermordet. Erst im Januar diesen Jahres hat es in Hamburg einen Brandanschlag auf zwei Obdachlose gegeben.

Die **NPD Hamburg** war gewohnt wenig erfolgreich. Zu ihren wenigen Info-Tischen und Veranstaltungen konnte sie kaum Anhänger_innen

mobilisieren und gleichzeitig wurde zivilgesellschaftlicher Widerstand gegen diese Propaganda wieder stärker entwickelt. Nach dem Austritt des bundesweit bekannten Kaders Thomas Wulff Ende August, wurde auf dem Landesparteitag am 22. Oktober 2016 wenig überraschend Lennart Schwarzbach zum neuen Vorsitzenden gewählt.

Den Mord an einem 16jährigen an der Binnenalster durch bislang Unbekannte griff die NPD genauso auf wie andere Gruppierungen des (extrem) Rechten und rechtspopulistischen Spektrums. „Deutsche Opfer – Opfer zweiter Klasse?“ fragte der Landesverband der NPD, die Identitäre Bewegung (IB) beschränkte sich auf „Opfer zweiter Klasse?“ und brachten entsprechende Schilder am Tatort an, auch die AfD griff das Thema auf (siehe unten).

Die Überschneidungen zwischen Identitärer Bewegung Hamburg, die auch von Teilen der AfD, insbesondere den Mitgliedern der „Patriotischen Plattform“ und der Jungen Alternative hofiert wird, und NPD sind auch anderer Art: Ein Mitverantwortlicher für die Aktivitäten der IB in Lüneburg und Hamburg, war früher Aktivist der Jungen Nationaldemokraten, der Jugendorganisation der NPD.

Die **Identitäre Bewegung** beschäftigt das MBT Hamburg bereits seit 2013. In diesem Jahr war sie in Hamburg noch einmal verstärkt präsent. 2016 kam es zu mindestens zwei „Stammtischtreffen“, im Januar in Tos-

tedt nach entsprechenden Presseberichten klandestin durchgeführt, im März unter dem Motto „Mut zum Widerstand“ unterstützt durch das neurechte „Einprozent“ Netzwerk – gegründet unter anderem von Götz Kubitschek, einem der wichtigsten Vertreter der Neuen Rechten in der Bundesrepublik und dem AfD-Politiker Tillschneider. Bei einer Aktion an den Landungsbrücken, wurde offen gegen den Islam gehetzt - eine Frau in einer schwarzen Verhüllung (dies sollte wohl eine Burka darstellen) trug eine Tafel mit der Aufschrift „Frauen in Deutschland 2026“, weitere „Identitäre“ hielten ein Transparent hoch: „Wann ist es euch bunt genug?“ Wiederholt wurden Parteien und Parteibüros angegriffen, in der Stadt gemalt und plakatiert – die „Bewegung“ steht inzwischen auch in Hamburg unter Beobachtung des Verfassungsschutzes. Die Ankündigung der IB „Wir werden all jene mit ihren Lügen konfrontieren, die uns die Zukunft nehmen wollen.“ sollte ernst genommen werden. Nicht zuletzt weil die IB mit ihren inhaltlichen Positionen weithin an Einstellungen und Diskurse der Mitte der Gesellschaft anknüpfen und von schlagkräftigen Akteur_innen und Strukturen der (Neuen) Rechten protegert wird.

Auch der Landesverband Hamburg der **rechtspopulistischen Alternative für Deutschland** mobilisierte mit der Aussage, in Hamburg säßen „bei bestimmten Tätergruppen die Messer locker“ zu einer Veranstaltung, um dem Mord an dem Teenager zu gedenken. Dirk Nockemann, Ex-Schillianer und Hardliner der AfD, und Nicole Jordan aus dem Landesvorstand waren die Hauptredner_innen auf der Veranstaltung, die sich schließlich als Flop für die AfD entpuppte. Gerade Mal um die 60 Teilnehmer_innen folgten dem Aufruf, denen sich an die tausend Gegendemonstrant_innen entgegenstellten, weshalb es schließlich gar nicht zu einer Demonstration der AfD kam. Zeitgleich stellte die AfD eine kleine Anfrage zur Verbindung von „Migrationshintergrund und Kriminalität“.

Aktuell setzen sich die Medien und die Bürgerschaft mit dem Umstand auseinander, dass das Bürgerhaus Wilhelmsburg der AfD seine Räumlichkeiten nicht zur Verfügung stellen will – zunehmend werden Solidaritätsbekundungen mit der Entscheidung des Bürgerhauses, wie beispielsweise vom Hamburger Bündnis gegen Rechts, öffentlich. Sie weisen zu Recht darauf hin, dass es sich beim Bürgerhaus Wilhelmsburg einerseits um einen freien Träger handelt, machen andererseits deutlich, dass die AfD mit zweierlei Maß misst – schließt sie doch selbst immer wieder beispielsweise MedienvertreterInnen von ihren Veranstaltungen aus - und benennen vor allem, dass die Erzwingung einer Vermietung in letzter Konsequenz auch heißen würde ertragen zu müssen, dass beispielsweise ein Björn Höcke in Wilhelmsburg zu geschichtspolitischen Themen spricht. Die Pressemitteilung vom Hamburger Bündnis gegen rechts findet sich unter: <http://keine-stimme-den-nazis.org/>

Mit der Alternative für Deutschland ist auch in Hamburg eine Partei im Parlament vertreten, die als Sammelbecken verschiedener rechter Positionen mit ihren vielfach ethnisierenden und rassistischen Deutungen sozialpolitischer und gesamtgesellschaftlicher Herausforderungen auf der Welle des Rassismus reitet und diesen noch befeuert. Es fällt dabei auf, dass die parlamentarischen Initiativen und Debattenbeiträge der

AfD um sehr wenige Themen kreisen. Ihr hauptsächliches Thema ist nach wie vor die Flüchtlingspolitik. Aber auch die Themen Linksextremismus oder Familienpolitik (mit Anfragen zu in Hamburger Schulen verwendeten Konzepten und Materialien zur Sexualpädagogik oder den Zahlen von Schwangerschaftsabbrüchen) beschäftigen die AfD in Hamburg.

Zwei MitarbeiterInnen der AfD-Fraktion hatten nachweislich Kontakte ins extrem rechte Lager, waren DVU-Mitglieder, publizierten in Zeitschriften der Neuen Rechten oder engagierten sich im Bereich rechter Bildungsarbeit.

Anfang 2016 sollte der AfD-Politiker Ludwig Flocken wegen rassistischer Äußerungen von seiner Fraktion ausgeschlossen werden, kam dem Ausschluss zuvor und ist seitdem fraktionsloser Abgeordneter - aber weiterhin AfD-Mitglied. Für einen in der Bürgerschaft Eklat sorgte er beispielsweise im April: er polemisierte in einer Debatte zum Thema Salafismus gegen den Islam im Allgemeinen und ließ sich auch von der mehrmaligen Aufforderung der Sitzungsleiterin nicht mäßigen, so dass er aus dieser Bürgerschaftssitzung ausgeschlossen wurde. Im Spätsommer zog Flocken mit seinem Büro in den Sander Dickkopp in Lohbrügge. Dies ist nicht nur ein Bürogebäude, sondern beherbergt auch eine ehemalige Gaststätte, womit es in Hamburg einen neuen Veranstaltungsort für rechte Veranstaltungen gibt.

Dem **Verhältnis von Mitte, Rechtspopulismus und (extremer) Rechter** widmet sich das MBT Hamburg immer wieder, so beispielsweise auch mit Beiträgen und Analysen in seinen Publikationen wie dem Monitorbericht Nr. 6. Hier fragte das MBT bewusst nach der Einordnung des mehrheitlich von Bürgerinitiativen getragenen Protests gegen die Errichtung von (Groß-)Unterkünften und Wohnsiedlungen für Geflüchtete. Die Wege, die „die Mitte“ sich sucht um ihre Interessen zu artikulieren und umzusetzen enthalten immer wieder deutliche Überschneidungen mit rechten Ideologien und Strukturen, Ausgrenzung und Rassismus beginnen nicht erst am rechtsextremen Rand.

Getragen von den Ereignissen in der Silvesternacht 2015 / 2016 oder vielmehr ihrer Rezeption zog sich das **Thema „Antifeminismus und reaktionäre Sexualpolitiken“** durch das Jahr 2016 und bedeutete für das MBT Hamburg ein neues intensives Beschäftigungsfeld. Angefangen bei der Demonstration im Januar 2016 auf der Hamburger Reeperbahn unter dem Motto „Wir sind kein Freiwild. Finger weg!“, an der Neonazis aus dem Umfeld von Widerstand Hamburg, einer Abspaltung der Gruppierung Widerstand Ost West e.V., teilnahmen (vgl. MBT Hamburg: Monitor Nr. 5) über die Gründung von Bürgerwehren, die bundesweit

ebenfalls in diesem Kontext entstanden, bis hin zu einzelnen Aktionen beispielsweise der Identitären Bewegung gegen ein Spaßbad, in dem vermeintlich sexuelle Übergriffe durch als nicht-deutsch markierte Personen stattgefunden hatten, zog sich der Versuch durch das Jahr das Machtverhältnis Sexismus zu instrumentalisieren, um gegen als

nicht-deutsch wahrgenommene Personen und insbesondere Geflüchtete mobil zu machen. Nicht nur die organisierte extreme Rechte spielte dabei eine Rolle, auch Gruppierungen wie die „Besorgten Eltern“ sorgten für Beratungsanfragen und beschäftigten das. Auch im Hamburger Senat musste sich wiederholt mit kleinen Anfragen beschäftigt werden, die Angriffen auf progressive sexualpädagogische Konzepte ähnelten, eine Dokumentation der rechten Zeitschrift „Junge Freiheit“ lässt nachvollziehen wie der Schutz von Minderheiten in eine Diskriminierung von Dominanzangehörigen verkehrt wird.

Es ist zu erwarten, dass 2017 die (extrem) rechten Netzwerke weiter ausgebaut und kalkulierte Provokationen und Tabubrüche zu einer weiteren Diskursverschiebung und Normalisierung (extrem) rechter Positionen führen – der antifaschistischen Zivilgesellschaft steht ein herausforderndes Jahr bevor.

Blitzlichter Rechts

Dezember Um Weihnachten herum gedenken Neonazis aus Hamburg und Schleswig-Holstein dem Großadmiral Dönitz, engem Gefolgsmann Hitlers und letztem Reichspräsidenten.

17. November Eine Handvoll Mitglieder der rechten Gruppe „Bündnis Deutscher Patrioten“ (BDP) verteilen in der Innenstadt an Obdachlose Suppe und dokumentieren dies für rassistische Propagandazwecke auf ihrer Facebook-Seite.

22. Oktober Aufmarsch von „Gemeinsam für Deutschland“ in Neumünster/SH. Ca. 40 Neonazis aus Norddeutschland. U.a. Thomas Wulff. Rund 300 Antifaschist_innen demonstrieren lautstark dagegen. Der rechte Aufmarsch musste massiv verkürzt werden. Angriff auf die von rechtem Klientel häufig besuchte Kneipe „Titanic“.

Mitte Oktober Zum Beginn des Wintersemesters an der Universität Hamburg wird dem „Hamburger Bündnis gegen Rechts“ eine Wer-

bepostkarte der „Hamburger Burschenschaft Germania“ zugespielt, auf der die Burschenschaft mit einem Bild des Lieblingsbildhauers Hitlers, Arno Breker, mit dem deutlichen Titel „Die Wehrmacht“ für ihre Zwecke wirbt.

10. September Aufmarsch in Stade/Nds. - Ca. 60 Neonazis sind dem Aufruf „Gemeinsam für Deutschland“ (GfD) gefolgt. Rund 350 Antifaschist_innen demonstrieren dagegen. Erstmals laufen norddeutsche Neonazis, u.a. Sven R. und andere aus Hamburg unter dem gemeinsamen Label „Sektion Nordland“ auf. Die Bezeichnung „Nordland“ spielt dabei auf eine gleichnamige „SS-Freiwilligen Division“ an. In Hamburg / Schleswig-Holstein existiert bereits eine Jugendgruppe der NPD (Junge Nationaldemokraten / JN) gleichen Namens. Die „Sektion Nordland“ bezog sich in Stade auf die Strukturen von GfD und steht mit der JN nur temporär in Verbindung. Ziel ist vielmehr die Schaffung eigenständiger GfD-Strukturen.

Vermischtes

Literatur

Andreas Zick: **Gespaltene Mitte - Feindselige Zustände Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016**, Berlin, Dietz Verlag, 2016.

„Sind rechtsextreme Orientierungen wieder angestiegen? Wie weit reichen sie in die Mitte der Gesellschaft? Richtet sich Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit vor allem gegen Asylsuchende oder auch gegen andere (schwache) Gruppen? Wird die Gesellschaft von Demokratiezwifeln gespalten? Antworten gibt die aktuelle »Mitte-Studie« der Friedrich-Ebert-Stiftung. Mit weiteren Beiträgen von Beate Küpper, Daniela Krause, Anna Klein, Andreas Hövermann u. a.“

Fabian Virchow, Martin Langebach, Alexander Häusler (Hrsg.): **Handbuch Rechtsextremismus**, Wiesbaden, Springer Verlag, 2016

„Dieses Handbuch bietet einen breit gefassten und systematischen Einblick in die wissenschaftliche Forschung zum Thema Rechtsex-

tremismus. Es werden wesentliche Aspekte des Rechtsextremismus verständlich und auf dem neuesten Forschungsstand analysiert, wissenschaftliche Kontroversen dargestellt und Forschungslücken markiert.“

Kathrin Glösel, Natascha Strobl, Julian Bruns: **Die Identitären - Handbuch zur Jugendbewegung der Neuen Rechten in Europa**, Münster, Unrast Verlag, 2016.

Basierend auf Text-, Bild- und Videomaterial, den Gruppen-Standpunkten, Gesellschaftsanalysen und Schlussfolgerungen werden in diesem Handbuch Aktionismus und Aktivist_innen benannt und analysiert. Die politische Logik ihrer Thesen wird ebenso eingeordnet, wie die Mittel (rhetorisch, visuell, aktionistisch, medial), derer sie sich bedienen und es wird der Frage nachgegangen, auf welche Theorien und vorhandene Literatur sich die Identitären stützen. Das Buch gliedert sich in mehrere Teile und beleuchtet so die Verbreitung in ganz Europa, ihre Verortung als »Neue Rechte«, ihre

Ideologien und historisch-theoretischen Unterbau, ihre Kommunikationsstrategien sowie ihre Qualifikation als Jugendbewegung.“

Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag (Hrsg.): **Rassismus ohne Rassen** - Unterschätzte Bedrohung: Die neurechte »Identitäre Bewegung« wirkt auch in Sachsen, Dresden. Selbstverlag, 2016. download: <http://kerstin-koeditz.de/?p=669>

„Mit der Identitären Bewegung ist seit Herbst 2012 ein neuer Akteur in der extremen Rechten aktiv. Er gewinnt zunehmend an Einfluss und Zulauf, auch und gerade in Sachsen. Ihre Anhänger unterscheiden sich von der klassischen rechten Szene schon rhetorisch und visuell, es fehlen die typischen Anleihen am historischen Nationalsozialismus. An seine Stelle treten pseudohistorische Mythen, die, recht frei interpretiert, bis in die griechische Antike zurückverlegt werden und einen lang anhaltenden Kampf zwischen »Orient« und »Abendland« dokumentieren sollen, oder das, was je nach Lage darunter verstanden wird.“

Projekte

Abrigo

Abrigo ist Spanisch und bedeutet „Schutz“, „Obdach“. Im Rahmen dieses Pilot-Projektes vermittelt Abrigo im Auftrag der Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration (BASFI) Wohnraum an besonders schutzbedürftige LSBTI*-Geflüchtete. Das Projekt richtet sich an LSBTI*-Geflüchtete aus Erstaufnahmeeinrichtungen oder Folgeunterbringungen, die von familiärer Gewalt oder von Gewalt aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder Identität betroffen oder bedroht sind und deren besonderes Schutzbedürfnis nicht innerhalb der Unterkünfte bzw. öffentlichen Unterbringung abgedeckt werden kann. Der Zugang zu Abrigo erfolgt über die Opferschutz-Koordinierungsstelle *savia steps against violence*. **Kontakt: Tel. 040 350177253 savia@verikom.de**

Reclaim and Remember: Die Möllner Rede im Kölner Exil

Am 23.11.1992 wurde im Schleswig-Holsteinischen Mölln das Haus der Familie Arslan von Neonazis mittels Molotov-Cocktails angezündet. Die 10-jährige Yeliz Arslan, die 14-jährige Ayşe Yilmaz und die 51-jährige Bahide Arslan starben in den Flammen. Weitere Familienmitglieder wurden teilweise schwer verletzt. In der gleichen Nacht hatten die Täter bereits einen weiteren Brandanschlag auf ein Haus, in dem Menschen türkischer Herkunft wohnten, verübt, neun von ihnen erlitten schwere Verletzungen.

Der rassistische Hintergrund der Tat war sofort offensichtlich, nicht zuletzt, weil die Täter mit Telefonanrufen bei der Feuerwehr auf die Brände aufmerksam machten und sich mit »Sieg Heil«-Rufen dazu bekannten. Dennoch geriet in den folgenden Ermittlungen erst einmal die betroffene Familie selbst in den Fokus und wurde mit Verdächtigungen konfrontiert. Ein Schema, das in Fällen rassistischer Gewalt immer wieder zum Tragen kommt: die Opfer werden zu Tätern erklärt.

Dieses Jahr wurde die Rede von dem Schriftsteller und Menschenrechtler Doğan Akhanlı in Köln gelesen. In seinen Romanen und Aufsätzen, in Interviews und Projekten setzt Akhanlı sich immer wieder für den wahrhaftigen Umgang mit historischer Gewalt und für die Unteilbarkeit der Menschenrechte ein. Aktuell beschäftigt er sich u.a. mit der rassistischen Mord- und Anschlagserie des NSU. **Mehr Infos: <https://gedenkenmoelln1992.wordpress.com/>**

Das Mobile Beratungsteam gegen

Rechtsextremismus:

Beratung von Eltern, deren Kinder in die rechte Szene abzugleiten drohen; Unterstützung von zivilgesellschaftlichen Initiativen, die sich gegen extrem rechte Präsenz wie szenetypische Bekleidungsgeschäfte oder sich jährlich wiederholende Aufmärsche in ihrem Umfeld wehren wollen; Zusammenarbeit mit kommunalen Stellen, die mit der Anmeldung von NPD-Ständen konfrontiert sind; Hilfe für Gruppen und Einzelpersonen, die von rechten AkteurInnen, Organisationen oder Websites bedroht oder angegriffen werden; Beobachtung von neuen und alten AktivistInnen, Organisationen und Strukturen der extremen Rechten; Beratung von BürgerInnen, die in ihren Sportstätten, Kleingartenvereinen oder an ihren Arbeitsplätzen rechte Parolen erleben – die Tätigkeits- und Aufgabenfelder des Hamburger Mobilen Beratungsteams gegen Rechtsextremismus (MBT) sind sehr breit angelegt.

Sie erreichen das MBT unter:

mbt@hamburg.arbeitundleben.de
www.beratung-gegen-rechts-hamburg.de
www.hamburg.arbeitundleben.de
www.dgb-jugend-nord.de

Das Beratungsnetzwerk gegen

Rechtsextremismus:

Das BNW besteht mittlerweile aus mehr als 40 staatlichen und nicht staatlichen Institutionen aus Hamburg und dem Umland.

Die NetzwerkpartnerInnen treffen sich regelmäßig, tauschen ihre Erkenntnisse zum Thema Rechtsextremismus aus und entwickeln Gegenstrategien. Die Koordinierungsstelle ist bei der Johann-Daniel-Lawaetz-Stiftung angesiedelt. Diese leitet auch Anfragen direkt an das MBT weiter.

Tel: 040 42863 3625

Federführend zuständig ist die Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration. Mehr Infos unter:

www.hamburg.de/beratungsnetzwerk

Das Mobile Beratungsteam gegen Rechtsextremismus Hamburg ist ein Projekt von Arbeit und Leben DGB/VHS Hamburg e.V. und der DGB Jugend Nord. Im Rahmen des Bundesprogramms »Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit« wird es gefördert durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und die Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration Hamburg.



Gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie leben!



Hamburg

HerausgeberInnen

Arbeit und Leben DGB/VHS Hamburg e.V.

Vereinsregister: Amtsgericht Hamburg Registernummer: VR 9937

Kontakt: Arbeit und Leben Hamburg e.V., Besenbinderhof 60, 20097 Hamburg

Telefon: 040 284016-68

E-Mail: mbt@hamburg.arbeitundleben.de

V.i.S.d.P.: Horst H. Hopmann, Arbeit und Leben Hamburg, Besenbinderhof 60, 20097 Hamburg

Konzeption und Redaktionelle Betreuung: Fabian Kaufmann, Katharina Höfel

Juristische Beratung: Alexander Hoffmann, Dr. Björn Elberling

Gestaltung/Satz: pbd

Die Veröffentlichungen stellen keine Meinungsäußerung des BMFSFJ bzw. des BAFzA und keine Meinungsäußerung der Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration Hamburg dar. Für inhaltliche Aussagen trägt der Autor/die Autorin bzw. tragen die Autoren/Autorinnen die Verantwortung, die Meinungen der AutorInnen geben nicht in jedem Fall die Meinung der BASFI wieder.